



Prorussische Separatisten vor der besetzten Gebietsverwaltung in Donezk

Bataillon der Bärtigen

Ukraine Kämpfer aus dem Kaukasus verstärken die Separatisten im Osten, während Kiew Truppen und die Luftwaffe schickt. Was als Aufstand begann, könnte sich zum Krieg ausweiten.

Der Mann mit dem schwarzen Vollbart sitzt zufrieden auf einem Holzstuhl, er trägt eine schwarze Baseballkappe mit weißen Streifen, die Kalaschnikow hat er neben sich auf den Tisch gelegt. Die Bewaffneten sprechen ihn unterwürfig mit „Komandir“ an, mit einer lässigen Handbewegung entscheidet er, wer die Gebietsverwaltung von Donezk betreten darf und wer nicht. Auf Fragen antwortet der Bärtige kurz angebunden auf Russisch, mit einem harten kaukasischen Akzent.

Ob er hier der Chef sei? „Ja, offenbar.“ Aber er sei nicht von hier? „Siehst du doch.“ Dann klingelt sein Mobiltelefon. Der Bärtige redet in einer kaukasischen Sprache. Auf Tschetschenisch? „Warum willst du das wissen, mein Lieber?“

Nach Monaten der Verschleierungstaktik wird nun die direkte Einmischung Russlands auch in der Ostukraine sichtbar. Spätestens seit voriger Woche ist klar: Russische und tschetschenische Söldner unterstützen die Separatisten in Donezk; sie kämpfen Seite an Seite mit Ukrainern gegen die Truppen Kiews. Erst waren das nur Gerüchte, doch dann verließ am Donnerstag eine Wagenkolonne mit 34 in rotes

Tuch gehüllten Särgen Donezk in Richtung Grenze. Zwei Drittel der rund 50 Aufständischen, die bei den schweren Kämpfen am vergangenen Montag starben, waren russische Staatsbürger.

Manche Kämpfer in Donezk erzählten Journalisten offen, sie seien „im Auftrag Kadyrows“ gekommen. Der tschetschenische Präsident Ramsan Kadyrow sagte lediglich: „Wenn jemand in der Konfliktzone einen Tschetschenen gesehen hat, dann ist das seine Sache.“

Anfang vergangener Woche schien es, als könnten Kiews Truppen nach Wochen des Zögerns die Oberhand gewinnen. Den von Separatisten besetzten Donezker Flughafen eroberte die Armee schnell zurück. Doch die östliche Flanke bleibt offen: Auf der Fahrt von der russischen Grenze nach Donezk ist kein ukrainischer Soldat zu sehen, am Stadtrand grüßen Kämpfer eines Separatisten-Bataillons namens „Wostok“, Osten, die Kalaschnikow im Anschlag.

Das Bataillon ist jetzt in Donezk die führende Kraft. Es besteht zwar nur aus einigen Hundert Kämpfern, die allerdings sind mit Panzerfausten, Maschinengewehren und Flugabwehrgeschützen bewaffnet.

Damit ist aus der im April begonnenen Besetzung von Gebietsverwaltungen ein ernsthafter territorialer Konflikt geworden.

„Was im Osten vor sich geht, ist eine Neuauflage der Oktoberrevolution“, sagt Jurij Luzenko im 600 Kilometer entfernten Kiew, er ist Berater des neu gewählten Präsidenten Petro Poroschenko. „Auf den Barrikaden standen bislang Abenteurer, Kriminelle und Leute aus dem Lumpenproletariat, die keine Arbeit mehr hatten. Ganz wie in Petrograd 1917. Und Wiktor Janukowytsch hat jedem Kämpfer anfangs 400 Dollar pro Tag gegeben, so wie der deutsche Generalstab einst Geld an Lenins Männer zahlte. Aber jetzt gibt es dort Söldner und russische Waffen.“

Luzenko, 49, war ein Pionier der Orange Revolution. Unter Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko war er zweimal Innenminister, bis Janukowytsch die Macht übernahm. Der ließ ihn 2010 wegen „Amtsmissbrauchs“ einsperren. Auf Druck der Westeuropäer kam Luzenko im April 2013 wieder frei. Jetzt arbeitet er mit Poroschenko zusammen, der Ende dieser Woche sein Amt antreten wird. Luzenko wird als Chef des Nationalen Sicherheitsrats gehan-



Beerdigung eines Milizionärs in Donezk: „Hier findet ein europäischer Krieg statt“

delt. Und er soll Poroschenkos bislang bedeutungslose „Solidarnost“-Partei zu dessen Machtbasis ausbauen. Bis es soweit ist, sitzt er in den Räumen des von ihm gegründeten Thinktanks im Stadtviertel Podil. An der Wand hängt ein Ölgemälde, „Perschy“ heißt es, der Erste. Es zeigt einen erschöpften Ukrainer, der die Augen geschlossen hält, als sammle er seine letzten Kräfte. Für Luzenko ist das Gemälde ein Sinnbild für den Maidan.

„Sehen Sie genau hin, was jetzt im Osten passiert“, sagt Luzenko. „Die Separatisten fordern längst nicht mehr eine Föderalisierung oder einen besseren Status für die russische Sprache. Sie wollen den Reichtum der Oligarchen aufteilen, in diesem Falle den des Milliardärs Rinat Achmetow.“ Er greift zu einem Stück Papier und zeichnet die Umrisse Russlands und der Ukraine. „Putin will nicht den Donbass. Er hat andere Ziele: Erstens Anarchie in der Region zu säen, weil sie wirtschaftlich für uns extrem wichtig ist und die Ukraine ohne sie nicht wieder auf die Beine kommt“, sagt Luzenko. „Und zweitens will er, dass die Separatisten so viel Selbstständigkeit bekommen, dass sie gegen jede Entscheidung Kiews ihr Veto einlegen können. Damit wäre der Staat lahmgelegt und würde de facto von Moskau regiert.“

Luzenko lehnt sich zurück, atmet durch und sagt: „Wir haben keine Wahl. Geben wir Donezk auf, wird Putin bald auch in Odessa sein. Er ist dabei, einen Cordon sanitaire um Russland zu legen. Und die Ukraine ist jetzt wie Polen einst der Puffer zu Europa. Hier findet kein lokaler, sondern ein europäischer Krieg statt.“

Allerdings: Militärisch scheint Kiew trotz des Einsatzes von Luftangriffen und Artillerie nicht in der Lage zu sein, die abtrünnigen Gebiete zurückzuholen. 12 000 prussische Milizionäre kämpfen laut Luzenko derzeit im Donezker Gebiet ge-

gen die Zentralregierung, 5000 im Gebiet Luhansk. Und diese Männer sind besser organisiert und bewaffnet als Armee, Geheimdienst und Polizei. Erst am Donnerstag voriger Woche schossen die Aufständischen wieder einen Transporthubschrauber der Nationalgarde ab, zwölf Soldaten kamen ums Leben.

Die Armee habe kein Geld und keinen Treibstoff, sagt Luzenko, sie sei praktisch nicht mehr existent. Für den Kampf gegen die Separatisten brauche man Hubschrauber, aber die Generäle hätten die meisten nach Afrika verscherbelt. Die wenigen russischen Hubschrauber, die es noch gebe, seien schlecht bewaffnet, man könne sie wie Luftballons abschießen. „Wir haben nicht mal mehr Blendgranaten, um die Kämpfer in den Städten auszuschalten – wir können in Slowjansk ja nicht mit Panzern vorrücken.“ Polen habe jetzt wenigstens eine Ladung Granaten geliefert.

Die Wahl vom 25. Mai hat allerdings etwas geändert: Petro Poroschenko wurde mit überraschenden 54,7 Prozent zum Staatschef der Ukraine gewählt, er hat nun ein starkes Mandat. Selbst seine Rivalin Julija Tymoschenko resignierte. Eigentlich wollte sie noch am Wahlabend 50 000 Anhänger auf die Straße schicken, um das Ergebnis anzufechten. Aber bei einem Abstand von rund 42 Prozentpunkten zu Poroschenko konnte sie schlecht von Wahlfälschung sprechen.

Auch Moskaus Behauptung, das Land sei hoffnungslos gespalten, wurde durch das Wahlergebnis widerlegt. Selbst in Regionen wie Odessa oder Saporischja, deren Bewohner Russland wohlgesinnt sind, haben um die 40 Prozent für Poroschenko gestimmt.

Doch die Aufgaben, die der neue Präsident zu bewältigen hat, sind riesig: Es gibt keine funktionierende Polizei, keine Steuerbehörde, keinen Grenzdienst, keinen Jus-

tizapparat. Das Gas-Ultimatum der Russen ist abgelaufen, der Maidan soll geräumt, das Parlament aufgelöst werden. Mittwoch will Poroschenko sich in Warschau mit US-Präsident Obama treffen, Freitag zum D-Day-Gedenken in die Normandie fliegen, Samstag soll die Amtseinführung stattfinden. Und dann will er nach Donezk reisen, wo die Militäroperation läuft.

„Poroschenko will sie effektiver führen“, sagt sein Berater Luzenko, „er will Nationalgarde, Geheimdienst und Armee in einer Befehlsvertikale zusammenfassen.“ Und von den Amerikanern erhofft sich der Präsident Waffen, Treibstoff und Lebensmittel zu günstigen Preisen. Einen neuen „Lend-Lease Act“ hat er das genannt, in Erinnerung an Roosevelts Hilfe für die Verbündeten im Zweiten Weltkrieg.

Bis dahin wird es allerdings dauern, im Moment setzt Poroschenko daher auf Rinat Achmetow, der 300 000 Menschen beschäftigt, die meisten davon in der Ostukraine. Der Oligarch hat bereits angekündigt, seine Angestellten würden eine unbewaffnete Bürgerwehr aufstellen. Aber noch sitzt Achmetow in Kiew und traut sich nicht nach Donezk zurück.

Dort liegt die Macht auf der Straße, wie ein Sprichwort in Russland lautet, und die Vertreter der „Donezker Volksrepublik“ versuchen jetzt, diese Macht an sich zu reißen. Das elfgeschossige Gebäude der Gebietsverwaltung, in dem sich seit der Besetzung Kriminelle und Obdachlose niedergelassen hatten, wurde am Donnerstag von den „Wostok“-Milizionären „gereinigt“, so jedenfalls drückte es der selbsternannte „Premier“ Alexander Borodai aus. Am selben Tag räumten Bulldozer die Barrikaden vor dem Gebäude. Die Zeit der Revolutionswirren sei vorbei, sagte Borodai. „Ab heute ist dies der offizielle Regierungssitz der Donezker Volksrepublik.“

Die meisten Geschäfte in der Innenstadt sind seit der Schlacht um den Flughafen geschlossen, die Menschen verharren im Schockzustand. Mit ihrem Referendum im Mai hatten sie eine klare Botschaft gegen die „faschistische Junta in Kiew“ gesendet, zumindest hatte die russische Propaganda ihnen das eingeredet. Nun wird in ihrer Stadt Krieg geführt.

Menschen, die eine Umwandlung ihrer Heimat in eine eigenständige „Volksrepublik“ ablehnen, reden derzeit aus Sicherheitsgründen nur heimlich, „so wie zu Sowjetzeiten“, sagt Alexander, ein 30-jähriger Elektriker. Er hat vor einigen Tagen einen Lastwagen mit bewaffneten „bärtigen Kaukasiern“ durch seine Heimatstadt fahren sehen. „Was will dieses Gesindel hier?“, fragt er. In der „Donezker Volksrepublik“, sagt der Vater von zwei Kindern, sehe er für seine Familie keine Perspektive mehr.

Moritz Gathmann, Christian Neef